

### III. WIRTSCHAFTSETHIK IM WELTWEITEN HORIZONT

FRIEDRICH BEUTTER

## Die internationale Schuldenkrise im Zusammenhang mit dem Geld- und Währungswesen

#### VORBEMERKUNGEN

In den nachfolgenden Überlegungen stehen Schuldverhältnisse im Mittelpunkt, die – in Geld ausgedrückt – die Gesamtheit der Forderungen und Verbindlichkeiten zwischen Gläubigern und Schuldern (in der Regel) durch Verträge festlegen. Der Inhalt eines Schuldvertrages muß im Rahmen der Gestaltungsfreiheit bestimmt oder jedenfalls bestimmbar sein. Ein derartiges Schuldverhältnis erlischt generell durch Erfüllung des vereinbarten Inhaltes. Wenn Störungen im Schuldverhältnis auftreten, sind die Instrumentarien der Hinterlegung, der Aufrechnung und sogar des Erlasses von vielen Rechtsordnungen vorgesehen. Schuldenerlaß ist wie die Begründung eines Schuldverhältnisses ein Vertrag, durch den die Forderung des Gläubigers gegen den Schuldner erlischt. Unter den Störungen in einem Schuldverhältnis kommt der Unmöglichkeit der Leistungserbringung eine besondere Bedeutung zu. Wichtig ist hier die Unterscheidung von objektiver und subjektiver Unmöglichkeit. Bei objektiver Unmöglichkeit kann die Leistung von keinem Menschen, bei subjektiver Unmöglichkeit vom vertraglich gebundenen Schuldner nicht erbracht werden. Unmöglichkeit kann anfänglich und ursprünglich schon bei der Entstehung eines Schuldverhältnisses gegeben sein; sie kann als nachträgliche Unmöglichkeit erst nach Entstehen des Schuldverhältnisses eintreten. Privatrechtliche Regelungen sehen vor, daß bei ursprünglicher objektiver Unmöglichkeit ein Vertrag nichtig ist (z.B. § 306 BGB der BRD). Bei nachträglicher (objektiver und subjektiver) Unmöglichkeit wird der Schuldner von seiner Verpflichtung frei, wenn diese infolge eines Umstandes unmöglich wird, den er nicht zu vertreten hat (z.B. § 275 BGB). Dagegen hat er dem Gläubiger Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu leisten, soweit ihm die Unmöglichkeit anzulasten ist. Für andere

Störungen in einem Schuldverhältnis wie Schuldnerverzug und positive Forderungsverletzung sind die Regeln über Unmöglichkeit nicht anwendbar<sup>1</sup>.

Diese privatrechtlichen Regelungen wurzeln in einer langen Rechtstradition, die dem Grundsatz der Vertragserfüllung (*pacta sunt servanda*) verpflichtet ist und zugleich dafür Verständnis zeigt, daß zu Unmöglichem niemand gezwungen werden kann (*ultra posse nemo tenetur*).

Inwieweit schuldrechtliche Verhältnisse auch ethische Bewandnis haben, kann hier nur angedeutet werden. Schon philosophischem, nicht erst theologischem Reflektieren ist zugänglich, daß Schuld ein Handeln des Menschen ist, das unter mehrfacher Hinsicht in seine Verantwortung fällt: als eine ausstehende geschuldete Tat (*debitum*), als ein geschehenes, vom Täter als Verfehlung übernommenes oder ihm angelastetes Handeln (*culpa*) und als Verschuldungswirklichkeit, die durch die Tat mit ihren bösen Folgen angerichtet ist. Auch Geldschulden haben ihre ethische Dimension und beanspruchen Verbindlichkeit im Gewissen, also in der Entscheidungsmittelpunkt der Person.

Es bleibt die Frage, ob aus diesen Vorbemerkungen, welche privatrechtliche und persönliche Schuldverhältnisse im Auge haben, Anregungen für den Umgang mit öffentlich-rechtlichen und internationalen Schuldverhältnissen zu entnehmen sind. Die Deutschen Bischöfe sind dieser Auffassung. In ihrer Erklärung über die internationale Schuldenkrise vom 16. Mai 1988 weisen sie darauf hin, daß ein Schuldner nicht »kahlgepfändet« werden darf, selbst wenn gerichtlich festgestellte Forderungen bei ihm vorliegen. Es muß ihm ein Existenzminimum, das zur Führung eines menschenwürdigen Lebens unbedingt benötigt wird, belassen werden. Die Deutschen Bischöfe folgern daraus: »Die ethische Betrachtung fordert, nach geeigneten Wegen zu suchen, um den Grundgedanken des Pfändungsschutzes und des Vergleichsrechts auch in den internationalen Rechtsbeziehungen wirksam werden zu lassen.«<sup>2</sup> Anschließend daran wird die Meinung vertreten: Hätte es wirksame Schutzvorschriften für Schuldner im internationalen Bereich gegeben, wäre es voraussichtlich nicht zu einer Schuldenkrise des jetzigen Ausmaßes gekommen. Die Bischöfe rufen zur Fortentwicklung des internationalen Rechts auf, indem sie betonen, viele ethische Erwägungen verdienten es, in rechtliche

---

<sup>1</sup> Vgl. *Hans Brox*, Art. Schuldrecht, in: *Staatslexikon IV*, Freiburg i.Br. 1988, Sp. 1068–1071.

<sup>2</sup> Die Deutschen Bischöfe – Kommission Weltkirche – Nr. 7: Die internationale Schuldenkrise – eine ethische Herausforderung (16. Mai 1988), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz, Bonn o.J. (1988), 23.

Formen gegossen zu werden, insbesondere im Kontext der Menschenrechte, der Solidarität und des Schutzes der Schwachen. Sie drücken die Hoffnung aus: »Vielleicht kann dadurch künftig ausgeschlossen werden, daß Krisen, die ihren Ursprung in Währungsstrukturen und Finanzentwicklungen haben, am Ende besonders diejenigen treffen, die am ärmsten sind und sich am wenigsten wehren können.«<sup>3</sup> Da es den Bischöfen um eine Weiterentwicklung in Richtung auf ein humaneres Völkerrecht geht, trifft der Einwand in einer Stellungnahme des Bundes Katholischer Unternehmer (BKU) zwar zu, das geltende internationale Recht lasse den Staaten das »beneficium competentiae«. Dieses erlaube einem Staat, sich dem Zugriff eines Gläubigers zu entziehen, wenn er nach eigenem Urteil dies im Landesinteresse für zweckmäßig hält<sup>4</sup>. Auch gilt immer noch, »daß das Völkerrecht zu keiner Zeit ein Recht der Völker oder gar der Einzelmenschen gewesen ist, sondern ein Recht der Souveräne bzw. der souveränen Staaten«<sup>5</sup>. Dennoch ist in unserer Zeit eine Bewegung in Gang gekommen, »in der die Position der Staaten als alleinige Völkerrechtssubjekte nicht mehr gehalten werden kann und sich die Rechtssubjektivität des einzelnen auf völkerrechtlicher Ebene abzuzeichnen beginnt«<sup>6</sup>. Dann ändert sich auch die Kompetenz der souveränen Staaten im Umgang mit internationalen Beziehungen, auch mit Bezug auf öffentlich-rechtliche Geldschulden.

## I. WEGE IN DIE INTERNATIONALE SCHULDENKRISE – EINIGE KENNZEICHNUNGEN

Von Schuldenkrise spricht man eigentlich seit dem Sommer 1982, als der mexikanische Wirtschaftsminister Jesus Silva Herzog ein dreimonatiges Moratorium für die Schuldendienstzahlungen seines Landes verkündete, Mexiko also für zahlungsunfähig erklärte. Die Erklärung des erdölreichen, aber nach Brasilien am zweitstärksten verschuldeten lateinamerikanischen Landes löste weltweite Reaktionen aus: beim Internationalen Währungsfonds (IWF), in den Vereinigten Staaten (USA), im internatio-

<sup>3</sup> Ebd., 23.

<sup>4</sup> Zur internationalen Schuldenkrise. Stellungnahme des BKU zur Erklärung der Deutschen Bischöfe, BKU-Rundbrief Nr. 4, Köln, Juli 1988, 1f.

<sup>5</sup> *Otto Kimminich*, Kirche – Menschenrechte – Völkerrecht, in: *Peter Hünermann / Margit Eckholt* (Hrsg.), *Katholische Soziallehre – Wirtschaft – Demokratie. Ein lateinamerikanisch-deutsches Dialogprogramm I* (= Entwicklung und Frieden. Wissenschaftl. Reihe 51) Mainz/München 1989, 179.

<sup>6</sup> Ebd., 181.

nen Bankensystem. Mit nahezu 6 Milliarden US-Dollar wurde in die Lücke gesprungen. Sechs Jahre später, im Sommer 1988, stellte Michael Camdessus, der geschäftsführende Direktor des IWF, fest: »Das internationale Finanzsystem wurde am Leben erhalten.«<sup>7</sup> In den vergangenen Jahren mußte mit einer Reihe von Ländern Moratorien, Umschuldungen und teilweiser Schuldenerlaß ausgehandelt werden.

Die jetzige Problematik stand nicht unter den Zielvorgaben, die vorwiegend zwischen den westlich orientierten Industrieländern und den wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten der sogenannten Dritten Welt seit dem Ende des 2. Weltkrieges bessere gesellschaftliche Verhältnisse schaffen wollten. Unter dem Leitwort »Entwicklung« (development) sollten vielmehr die Unterschiede zwischen den »reichen« und den »armen« Nationen ausgeglichen werden. Auch sollte unter allen Nationen die internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Geld- und Währungspolitik und dadurch ein gesundes Wachstum der Weltwirtschaft, besonders des Welthandels, gefördert werden. Dazu wurde von der Währungs- und Finanzkonferenz der Vereinten Nationen 1944 in Bretton Woods die Gründung des Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund, IMF) beschlossen, der 1945 seine Arbeit aufnahm. Gleichzeitig wurde in Bretton Woods die Einrichtung der Weltbank beschlossen. Ihr offizieller Name ist Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (International Bank for Reconstruction and Development, IBRD), die durch Kreditbeschaffung und -vergabe kriegszerstörten Staaten beim Wiederaufbau und unterentwickelten Ländern zu größerem wirtschaftlichem Wachstum helfen sollte bzw. soll. 1946 nahm sie ihre Tätigkeit als Sonderbehörde der Vereinten Nationen (UN) auf. Unter den Mitgliedern (1989 sind es 152 Staaten) fehlen die meisten Ostländer und die Schweiz. Tochterinstitute der Weltbank sind die 1956 gegründete Internationale Finanzkorporation (International Finance Corporation, IFC), die zur Förderung von Entwicklungsländern auch Risikokapital, vor allem aus dem Bereich der Geschäftsbanken mobilisiert, und die Internationale Entwicklungsgesellschaft (International Development Association, IDA), die sich besonders Schwachwährungsländern widmet und deren Entwicklungsvorhaben mit milderer Maßstäben finanziert. Diesen Tochterinstituten können nur Staaten beitreten, die auch Mitglieder der Weltbank sind. Erwähnt sei an dieser Stelle, daß eine Reihe von Ostblock-

---

<sup>7</sup> Markus Mugglin, Alternativen sind unausweichlich, in: *Kuno Füssel, Franz Hinkelamert, Markus Mugglin, Raúl Vidales*, »... in euren Häusern liegt das geraubte Gut der Armen«. Ökonomisch-theologische Beiträge zur Verschuldungskrise, Fribourg/Brig 1989, 45.

ländern 1949 den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe gründete (RgW; Council for Mutual Economic Assistance, Comecon) mit dem Ziel gegenseitigen Handelsaustausches und technischer Hilfe. Aus dem Comecon ging 1964 die Comecon-Bank hervor, die in vielem dem IMF ähnelt.

Die westlichen internationalen Institutionen, die mehrere einschneidende Reformen durchlaufen mußten und mit anderen, teilweise regionalen Zusammenschlüssen (z. B. Europäischer Währungsfonds seit 1972) ange-reichert wurden, haben trotz positiver Einwirkungen auf das monetäre und güterwirtschaftliche Geschehen besonders der westlich orientierten Welt nicht verhindern können, daß die Entwicklungsländer insgesamt in eine Verschuldung geraten sind, die teilweise unerträgliche Ausmaße angenommen hat.

In der Erklärung der Deutschen Bischöfe wird die gesamte Auslandsver-schuldung der Entwicklungsländer laut Angaben der Weltbank für 1988 mit 1245 Milliarden US-Dollar beziffert<sup>8</sup>. Das sind durchschnittlich 141,9 Prozent der Exporteinnahmen. Für 1989 wird nach derselben Quelle ein weiterer Anstieg der Gesamtverschuldung auf 1279 Mrd. US-Dollar (ohne Kredite des Internationalen Währungsfonds) erwartet<sup>9</sup>. Das ist eine Steigerung von über 2,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr, für manche Entwicklungsländer viel zu hoch, obwohl sich generell das Tempo der Schuldenzunahme seit einigen Jahren verlangsamt.

Nicht alle Entwicklungsländer und Entwicklungsregionen sind gleich betroffen. Es gibt eine Geographie der Verschuldung. Der größte Teil der Verschuldung trifft Lateinamerika mit 420 Mrd. Dollar oder 34,6 Pro-zent, auf Asien entfallen 24,7 Prozent, auf das nördliche Afrika insgesamt 15,1 Prozent, auf die Subsahara (außer Südafrika) 7,1 Prozent, auf Hongkong, Korea, Singapur und Taiwan 5,3 Prozent<sup>10</sup>. Die zuletzt genannte Ländergruppe zeichnet sich gegenüber allen anderen durch die höchste Steigerung des Pro-Kopf-Einkommens (7,2 Prozent 1981–1989) und durch das höchste Exportvolumen (12,9 Prozent 1981–1989) aus. Das wird darauf zurückgeführt, daß diese Ländergruppe begonnen hat, Industriegüter für den Weltmarkt zu produzieren, während viele afrika-nische Länder hauptsächlich Rohstoffe exportieren, deren Preise in den letzten Jahren stark gesunken sind. Viele lateinamerikanische Länder

---

<sup>8</sup> Die Deutschen Bischöfe, a. a. O., 11.

<sup>9</sup> Werner Lachmann, Handelsförderung für Entwicklungsländer, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 35/39 (25. August 1989) Bonn 1989, 12–23.

<sup>10</sup> Ebd., 12.

konzentrieren sich auf den eigenen Binnenmarkt. Anhand der genannten Beispiele spricht vieles dafür, daß zur Überwindung der Schuldenkrise und damit auch der Massenarbeitslosigkeit eine exportorientierte Außenwirtschaftsstrategie hilfreich ist, vor allem dann, wenn die Industriestaaten sich um die Förderung der Exporte aus diesen Ländern bemühen, z. B. durch Hilfen beim Marketing, Messerförderung, Beratungsleistungen und vor allem durch die Bereitschaft, keine protektionistischen Hürden gegen solche Länder aufzubauen<sup>11</sup>.

So sehr jede gelingende wirtschaftliche Entwicklung zu begrüßen ist, wird der Schuldenberg der Entwicklungsländer insgesamt jährlich größer. Vom Jahr 1972 an, in dem die ausländischen Kreditschulden aller Entwicklungsländer rund 100 Mrd. US-Dollar betragen, erhöhten sich die Schulden mit mehr als 20-prozentigem Jahreswachstum bis auf die oben genannten Summen, während der wertmäßige Anstieg der Exporte durchschnittlich 16 Prozent betrug<sup>12</sup>. Allein die Zinsverpflichtungen aus den gewährten Krediten sind inzwischen auf mehr als 100 Mrd. US-Dollar aufgelaufen.

Auf allen Entwicklungsländern zusammen lastete schon 1986 eine Auslandsschuld, die durchschnittlich 40 Prozent des Bruttosozialproduktes erreichte; in Prozenten der Exporte ausgedrückt übertraf sie diese durchschnittlich um 180 Prozent, mit entsprechenden Stufungen in den einzelnen Ländergruppen, Lateinamerika an der Spitze.

Wie konnte es zu einer derartigen Verschuldung kommen? Die Gründe reichen teilweise weit in die Geschichte der einzelnen Länder zurück, teilweise sind es externe Faktoren, die in den letzten 15 bis 20 Jahren zur Schuldeneskalation führten, teilweise sind es interne Verhältnisse der jeweiligen Länder; alle Faktoren zusammen tragen sowohl monetäre wie nicht-monetäre Züge.

Nur wenige Hinweise zu diesem Verursachungskomplex sind im Rahmen dieser Erörterungen möglich:

### 1. Last der Geschichte

Historisch ist nachweisbar, daß es zwischen den Jahren 1825 und 1932 Perioden der Zahlungsunfähigkeit in nicht wenigen Ländern gab, die

---

<sup>11</sup> Vgl. *Werner Lachmann*, Die deutsche Entwicklungspolitik – eine Beurteilung aus marktwirtschaftlicher Sicht, in: *El-Shagi El-Shagi* (Hrsg.), Die deutsche Entwicklungspolitik, Bochum 1988, 107–136.

<sup>12</sup> *Elmar Altvater/Kurt Hübner*, Ursachen und Verlauf der internationalen Schuldenkrise, in: *Elmar Altvater/Kurt Hübner/Jochen Lorentzen/Raúl Rojas* (Hrsg.), Die Armut der Nationen. Handbuch zur Schuldenkrise von Argentinien bis Zaire, Berlin 1987, 21.

heute zu den Entwicklungsländern zählen. In der Regel wurden damals am Londoner Kapitalmarkt Kredite aufgenommen. Es kam häufig zu Zahlungsunfähigkeit, bei einigen Ländern bis zu fünfmal im 19. Jahrhundert. Die Schuldenregelung führte zu erheblichen Kapitalverlusten der Kreditgeber. In einigen Fällen, wo politische Interessen die Kreditvergabe bestimmten, kam es zur Wahrung der Gläubigerinteressen zu militärischen Interventionen (in Mexiko 1861, Venezuela 1862, Ägypten 1882)<sup>13</sup>.

## 2. Externe Faktoren

Als wichtigster externer Faktor gilt für die gegenwärtige Schuldenkrise die erste massive Ölpreiserhöhung durch die OPEC-Staaten von 1973/74. Viele Entwicklungsländer konnten die stark gestiegenen Ölrechnungen nicht durch Exportwachstum begleichen. Sie entschieden sich nicht zur Drosselung der Inlandsnachfrage, sondern hielten an ihrer extern kreditfinanzierten Entwicklungspolitik fest und glichen ihre Leistungsbilanzdefizite durch Kreditaufnahmen auf den internationalen Kapitalmärkten aus. Zwischen 1973 und 1980 ist insgesamt das stärkste Kreditwachstum feststellbar. Die forcierte Kreditaufnahme wurde den Entwicklungsländern leicht gemacht, weil die internationalen Finanzmärkte durch die Ölüberschüsse (Petro-Dollar) vor Liquidität überquollen und nach Anlage auch in Dritt-Welt-Ländern suchten. Es kam hinzu, daß die übergroße Liquidität bei den Banken einen großen Anlagedruck erzeugte, der die Zinsen in jenen Jahren kontinuierlich sinken ließ. Trotzdem blieb es bei zunehmenden Handelsbilanzdefiziten in den Entwicklungsländern. Ende der 70er Jahre ging diese Periode zu Ende und gelangte ohne eigentliche Übergänge Anfang der 80er Jahre in die heutige Verschuldungskrise. Anlaß waren wiederum die Ölpreise, nämlich der zweite Ölpreisschock von 1979, der Entwicklungs- und Industrieländer vor neue Probleme stellte. Verschärfend wirkte der vor allem von den USA verfolgte starke Wechsel von der Zins- zur Geldmengensteuerung (Inflationsbekämpfung), die 1979 bis 1983 zu einer ausgeprägten weltwirtschaftlichen Rezession führte. Für die Entwicklungsländer nahm die ausländische Nachfrage nach ihren Exportprodukten stark ab, gerade in einer Situation, in der sie steigende Exporteinnahmen zur Bezahlung der

<sup>13</sup> Vgl. *Leonhard Firlus*, Zwischen Schock und Kalkül – Die permanenten Verschuldungsprobleme der Entwicklungsländer. (= Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung Hamburg) Hamburg 1988, 30–36. Zahlungsunfähigkeit betraf: Mexiko, Peru, Venezuela, Guatemala, Griechenland, Portugal, Osmanisches Reich (Türkei) und Ägypten. Hohe Schuldendienstraten hatten: Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Peru.

gestiegenen Ölimportpreise dringend nötig gehabt hätten. Dazu kam ein sich verstärkender Verfall der Rohstoffpreise und ein neuer Protektionismus in den Industrieländern. Die Antiinflationpolitik der USA führte im Herbst 1979 zu einer scharfen Zinserhöhung, welche die Entwicklungsländer deswegen besonders traf, weil ein Großteil der von ihnen abgeschlossenen Kreditverträge nicht auf feste, sondern variable Zinssätze in US-Dollar vereinbart war. (In London wurde 1981 für Sechsmonatsgelder ein Bankzins von 17 Prozent notiert). Die Zinsrechnungen der Entwicklungsländer stiegen enorm an und wurden zum wichtigsten Ausgabeposten in der Leistungsbilanz.

### 3. *Interne Faktoren*

Die externen, von außen kommenden Erschwerungen wurden nicht selten durch interne Faktoren verstärkt. Als wirtschaftspolitisches Fehlverhalten wird nicht wenigen Entwicklungsländern angelastet, importiertes Kapital sei in zweifelhafte und unrentable Industrialisierungsprojekte geflossen oder sei einfach konsumiert worden, ohne dem Aufbau effektiverer Wirtschaftsstrukturen zu dienen. Teilweise wurden Rüstungsausgaben mit ausländischen Krediten finanziert. Großzügige staatliche Ausgaben (Repräsentations- und Prestigevorhaben) und überbürokratisierte ineffektive Staatsapparate führten zu großen Budgetdefiziten. Bankrotte Unternehmen wurden verstaatlicht, um Arbeitsplätze zu erhalten. Etwa ein Drittel der Verluste staatlicher Unternehmen wurde durch Auslandskredite finanziert<sup>14</sup>.

Auf der Einnahmeseite zeigen sich Defizite wegen ineffizienter Steuersysteme. Da viele Regierungen zunehmend sich mit externen Kreditlimiten konfrontiert sahen, wurde der Weg oft über die »Notenpresse« zur Defizitfinanzierung beschritten. Wegen der starken Ausweitung der Geldmenge kam es in vielen Entwicklungsländern zu extrem hohen Inflationsraten. Die hoch verschuldeten Länder haben bis heute die größten Inflationsprobleme. Im Jahr 1985 betrug die Inflationsrate für diese Ländergruppe 122,5 Prozent. Hinter dieser Durchschnittszahl verbergen sich große Länderunterschiede.

Die höchste Inflationsrate von rund 20000 Prozent wurde im August 1985 für Bolivien gemessen. Dort war hinter Weizen und Maschinen Papiergeld drittgrößter Importposten. Allein für den Transport dieses Papiers mußten 75 Mill. DM im Jahr aufgewendet werden<sup>15</sup>.

---

<sup>14</sup> Vgl. ebd., 104f.

<sup>15</sup> Vgl. ebd., 109f.

Ein Hauptproblem vieler verschuldeter Entwicklungsländer ist der Stabilitätsverlust der eigenen Währung. Dies führt unmittelbar zum Problem von Sparen und Zins. Wenn die Inflationsrate den Nominalzins übersteigt, ist der Realzins negativ. Sparen lohnt sich nicht. Inländische Ersparnisse, die zu Investitionen führen sollten, fallen dann weitgehend aus. Eine Folge davon ist Übernachfrage nach ausländischen Krediten. Im Inland führt negativer Realzins zur Flucht in Sachwerte. Zu hohe Budgetdefizite, zu niedrige, oft negative Realzinsen und überbewertete Währungen sind eine wichtige interne Ursache der Verschuldungseskalation. Überbewertete Währungen erzeugen überhöhte Wechselkurse, welche die wirtschaftliche Realität verdecken und verzerren<sup>16</sup>.

Die geschilderten Währungssituationen führen zu Kapitalflucht, d.h. zum Erwerb ausländischer Kapitalanlagen durch inländische Wirtschaftssubjekte. Die zahlenmäßige Erfassung ist schwierig. Sie ist in nicht geringem Maße auf Schätzungen angewiesen. Eine auffallende Übereinstimmung der privaten Kapitalabflüsse mit den sogenannten Restposten der Zahlungsbilanz in den Zufluchtsländern, vor allem USA und Schweiz, zeigt die Hauptrichtung der Fluchtkapitalien an, die in den einzelnen Ländergruppen sehr unterschiedlich ist. Die Weltbank schätzt die Kapitalflucht von fünf lateinamerikanischen Staaten zwischen 1979 und 1982 auf 70 Mrd. Dollar. Andere Untersuchungen kommen für Lateinamerika insgesamt auf 183 Mrd. Dollar zwischen 1970 und 1983 oder 31 Prozent der ausländischen Kreditaufnahme, welche die betreffenden Länder in Form von ausländischer Kreditanlage rasch wieder verlassen. Es zeigt sich ein Gefälle von Lateinamerika (35,2 Prozent) über Afrika/Nahost (33,4 Prozent) und Europa (28,2 Prozent) nach Asien (21,9 Prozent)<sup>17</sup>. Eine groteske Feststellung besagt: »Ein Großteil der Bankenkredite an Entwicklungsländer fließt in Form von privatem Fluchtkapital wieder an dieselben Banken zurück.«<sup>18</sup>

Dies führt dann dazu, daß den international tätigen Banken wieder Mittel für neue Kredite an Entwicklungsländer zur Verfügung stehen, die wiederum nach kurzer Frist zurückkommen. Für viele Entwicklungsländer ist die Reduzierung der Kapitalflucht eine notwendige Bedingung

---

<sup>16</sup> Vgl. ebd., 124–129 und dort wiedergegebene Tabellen.

<sup>17</sup> Vgl. ebd., 129–135. Für einzelne Länder wird die Kapitalfluchtquote mit hohen Prozentzahlen angegeben: Venezuela 89,0%, Argentinien 77,0%, Ägypten 63,1%, Portugal 52,2%.

<sup>18</sup> Ebd., 139. Für die Schweiz und die sie betreffende Fluchtgeldproblematik vgl. *Antonin Wagner / Friedrich Beutter*, Finanzplatz Schweiz – Dritte Welt. Hrsg. Schweizerische Nationalkommission *Justitia et Pax* (= Gerechtigkeit und Frieden Bd. 2) Freiburg/Schweiz 1983, 88–104.

zur Lösung des Verschuldungsproblems. Ein Hoffnungsschimmer – wenn auch mit fast zynischem Einschlag – bleibt: Wenn das geflohene Kapital nach Behebung der Entwertungsgefahr in die betreffenden Länder zurückkehren kann, wären späte bzw. verspätete Früchte der Entwicklung erwartbar.

Zu den internen Faktoren der Entwicklungsländer zählen nicht nur Geld- und Kapitalprobleme. Realfaktoren von erdrückendem Gewicht bestimmen das langsame Tempo der Entwicklung mit. An erster Stelle ist das *Bevölkerungsproblem* zu nennen. Während 1950 die Weltbevölkerung 2,5 Milliarden Menschen zählte und in den 80er Jahren die 5-Milliardengrenze erreicht wurde, werden nach Schätzungen der Vereinten Nationen auf das Ende des 20. Jahrhunderts 6,1 Milliarden Menschen erwartet. Dieses rapide Wachstum ereignet sich besonders in den Entwicklungsländern. Bei der gegenwärtigen Zunahme der Weltbevölkerung von jährlich rund 80 Millionen Menschen leben davon etwa 70 Millionen in Entwicklungsländern. Der Anteil dieser Länder an der Weltbevölkerung betrug 1950 rund 70 Prozent, 1980 waren es 76 Prozent, im Jahre 2000 werden es voraussichtlich 80 Prozent sein<sup>19</sup>. Die Gründe für dieses massive Anwachsen der Bevölkerung liegen nicht nur im importierten medizinischen Fortschritt, der die Sterberate stark reduzierte, sondern auch in der hohen Bewertung der Kinder als Unterstützung der Eltern im Alter und als Arbeitskräfte, die in früher Jugend zum Familieneinkommen beitragen müssen. Eine leistungsfähige Sozialversicherung ist in vielen Entwicklungsländern nicht gewährleistet. Auch wenn in einer Reihe von Entwicklungsländern heute eine sinkende Tendenz der Geburtenrate festgestellt wird, ist wohl ein weiteres starkes Anwachsen der Bevölkerung in der Dritten Welt bis weit in das nächste Jahrhundert hinein nicht zu vermeiden. Die Bevölkerung als das Grunddatum des Wirtschaftens erweist sich für viele Drittweltländer als das schwierigste Wachstumsproblem, weil die Zahl der Menschen schneller zunimmt als die Pro-Kopf-Produktion von lebenswichtigen Gütern. Der Kampf gegen die zunehmende Verarmung breiter Bevölkerungsschichten muß vor allem bei der Steigerung der Nahrungsmittelproduktion ansetzen. Nicht wenigen politisch Hauptverantwortlichen ist die Aufgabe zu verdeutlichen, daß sie für das Wohl aller bestellt sind. Die Verschwendung der knappen Ressourcen für Prestigeobjekte und aufwendige Staatsrepräsentation, für teure Infrastruktur im Interesse von Minderheiten

<sup>19</sup> *El-Shagi El-Shagi*, Bevölkerungsproblem und wirtschaftliche Entwicklung in der Dritten Welt, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, Bonn B 35/89 (25. August 1989) 34–46.

(z. B. hochmoderne teure Kliniken) und für militärische Rüstung können nicht zu den staatlichen Wachstumsaufgaben gezählt werden<sup>20</sup>. Bei der Jahrestagung der Bretton-Woods-Institute 1989 haben die Vertreter des IWF und der Weltbank insbesondere die Militärausgaben der Drittweltländer kritisiert und sie statt zu Rüstungsausgaben zu wirksamerem Einsatz für eine umweltgerechte Wirtschaftsgestaltung aufgefordert. Trotz wirtschaftlicher Fortschritte in vielen Entwicklungsländern entstand in den vergangenen 30 Jahren das Phänomen der *Massenarmut* mit einer wachsenden Marginalisierung breiter Bevölkerungsschichten. Nicht nur die Armut allgemein als Zustand, in dem die Betroffenen Mangel leiden, hat zugenommen, sondern die sogenannte absolute Armut als ein Zustand, in dem menschenwürdiges Leben nicht mehr möglich ist. Absolute Armut besteht, wenn die menschlichen Grundbedürfnisse wie Ernährung, Wohnen, Gesundheit, Bildung nicht oder nicht ausreichend befriedigt werden können. Nach vorliegenden Berechnungen kann man weltweit von rund 800 Millionen absolut armen Menschen ausgehen, von denen die meisten in Asien leben, aber auch große Gruppen in Lateinamerika und Afrika<sup>21</sup>. Rund 75–80 Prozent aller absolut Armen leben auf dem Land. Das Bestreben, der Armut zu entfliehen, ist der Hauptgrund für den Verstädterungsprozeß in vielen Entwicklungsländern. Aber unzureichende Leistungsfähigkeit, unzureichende Leistungsbereitschaft (Mängel im Schul- und Ausbildungswesen), eine stark ungleichmäßige Verteilung von Besitz und Eigentum an produktiv nutzbaren Ressourcen, unzureichende Faktornutzung von Arbeit und Boden, daraus folgernd geringe Erlöse, sind wichtige Komponenten dieser Massenarmut.

#### 4. *Schulden der Industrieländer*

In den Rahmen der internationalen Schuldenproblematik gehören auch die Schulden wichtiger Industrieländer. Hier ist vor allem auf die Staatsverschuldung hinzuweisen, die in den vergangenen 15 bis 20 Jahren in nahezu allen marktwirtschaftlich orientierten Staaten in die gleiche Richtung geht: wachsende Staatsausgaben, steigende Budgetdefizite,

---

<sup>20</sup> Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Völlig überarbeitete und aktualisierte Auflage, Bonn 1987, 215; vgl. Neue Zürcher Zeitung Nr. 224 vom 27. Sept. 1989, 33. Es werden in Entwicklungsländern ca. 20% der Budgetmittel für Rüstungsausgaben verwendet, rund 200 Milliarden Dollar. In den größeren Entwicklungsländern verschlingen die Militärkonten etwa ein Drittel des Schuldendienstes.

<sup>21</sup> Hans-Rimbert Hemmer, Theoretische Grundlagen einer armutsorientierten Entwicklungspolitik. 1. Zum Ausmaß der Armut in der Dritten Welt, in: Peter Hünemann / Margit Eckholt (Hrsg.), a. a. O., 67–91.

zunehmende Staatsverschuldung. Der Hauptanlaß dieser Entwicklung war wiederum die erste Ölpreiserhöhung von 1973/74, welche die Erwartungen auf hohe Wachstumsraten zunichte machte und zur Rezession Mitte der 70er Jahre führte. Viele staatliche Budgets waren in Erwartung starken Wachstums jetzt zu hoch angesetzt.

Die USA gelten derzeit als der größte Schuldner der Welt. Wegen des hohen Budgetdefizites verschulden sich die Vereinigten Staaten seit Beginn der 80er Jahre laufend mehr auf den nationalen und internationalen Kapitalmärkten. Allein ihre Auslandsschulden sind von 6 Mrd. Dollar 1982 auf 130 Mrd. Dollar 1987 gestiegen und erreichten bis 1990 voraussichtlich 500 Mrd. Dollar<sup>22</sup>. Rund die Hälfte des Haushaltsdefizites wird in den USA durch ausländische Ersparnisse finanziert. Das wirft nicht nur die Frage auf, ob mit einer derartigen Verschuldung der Niedergang der USA als westliche Leitwährungsmacht eingeläutet wird, sondern hat im Blick auf die Entwicklungsländer ein wenig erfreuliches Ergebnis: Die USA absorbieren immer größere Teile der international verfügbaren Finanzmittel. Dadurch wird das Potential für Kredite an die Dritte Welt eingeschränkt. Gleichzeitig nimmt der Spielraum der USA als Hauptverantwortliche im internationalen Krisenmanagement ab.

Ein Blick auf die Bundesrepublik Deutschland (BRD) zeigt für dieses Land ab Mitte der 80er Jahre einen hohen Leistungsbilanzüberschuß, nach Japan den höchsten in den OECD-Ländern<sup>23</sup>. Dies führte zu einer starken Zunahme von Erwerb und Ausweitung von Beteiligungen deutscher Banken und Unternehmen im Ausland. Im Unterschied zu den USA wuchs das Vermögen der BRD im Ausland. Der Finanzplatz BRD konnte sich international gut behaupten. Im gleichen Zeitabschnitt standen vor allem lateinamerikanische Länder gegenüber dem deutschen Bankensystem mit rund 37 Mrd. DM in der Kreide, eine Tatsache, welche die deutschen Banken zu einer vorsichtigen Gangart hinsichtlich der Kreditvergabe an Entwicklungsländer bewegte. Zum Vergleich sei angefügt: Die Großbanken der USA hatten über 60 Mrd. Dollar an Forderungen gegenüber diesen Schuldnern.

Aber die Verschuldung der öffentlichen Haushalte in der BRD (Bund, Länder und Gemeinden) gibt zu Besorgnis Anlaß. Im laufenden Jahr 1989 ist sie an die Billionengrenze gelangt<sup>24</sup>.

<sup>22</sup> Claudia Dziobek, Die Rolle der USA in der internationalen Schuldenkrise, in: *Elmar Altvater* u. a., a. a. O., 55–68, bes. 60f.

<sup>23</sup> Alex Schubert, Die Bundesrepublik Deutschland in der internationalen Schuldenkrise, in: *Elmar Altvater* u. a., a. a. O., 69–78.

<sup>24</sup> Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 41. Jg. Nr. 8 (August 1989) 63<sup>b</sup>. Hier wird die Summe von 909642 Millionen DM angegeben.

Staatsverschuldung hat immer ihre problematischen Seiten. Vor allem muß man sich mit der heute vertretenen Auffassung auseinandersetzen, Staatsverschuldung bewirke langfristig Wachstumseinbußen. Wenn die öffentliche Verschuldung dazu führt, daß Investitionen im privaten Sektor verdrängt werden, kann an spätere Generationen nur ein kleinerer Kapitalstock weitergegeben werden. Dadurch werden künftige Wachstums- und Konsummöglichkeiten kleiner<sup>25</sup>. Im Inland bewirken die öffentlichen Zinsendienste Erhöhung der Steuerquote, die immer mit Konsumeinschränkungen für die Steuerzahler verbunden ist. Nach außen bedeutet die öffentliche Verschuldung der Industrieländer insgesamt eine Verknappung der Mittel, die bei anderem Haushaltsgebaren für die Drittweltländer eingesetzt werden könnten.

Wenn an dieser Stelle eine Zusammenfassung der bisher erörterten Faktoren versucht wird, ist zuerst darauf hinzuweisen, daß noch viele weitere Faktoren wirksam sind, auf die nicht näher eingegangen werden kann. Mit den vorgelegten Indikatoren der internationalen Schuldenproblematik zeigt sich an erster Stelle die Vernetzung von allem mit allem. Die Interdependenz aller Faktoren wirkt fördernd und/oder hemmend auf alles ein. Besonders deutlich zeigt sich bei den Drittweltländern die Verflechtung von realen und monetären Daten. Mit geld- und finanzpolitischen Maßnahmen allein ist die Entwicklungsproblematik nicht in den Griff zu bekommen. Aber richtig angewandt sind monetäre Maßnahmen ein unersetzliches Mittel wirtschaftlicher und darüber hinaus ganzheitlich humaner Weiterentwicklung in allen Ländern dieser Erde, besonders in den weniger entwickelten.

Dazu sind einige Eckdaten und Zielgrößen zu markieren, die trotz allen Schwierigkeiten im Visier bleiben müssen. Sie tragen zugleich die Aufschrift des ökonomisch wie sozialetisch Angemessenen und Erforderlichen.

## II. WEGE AUS DER SCHULDENKRISE

Für die wirtschaftliche Entwicklung, die im Rahmen einer menschenwürdigen, sozial gerechten Gesellschaftsentwicklung geschehen sollte, ist ein Festhalten an folgenden Hauptzielen unerlässlich.

---

<sup>25</sup> Vgl. *Rudolf Dubs*, Volkswirtschaftslehre, Bern/Stuttgart <sup>5</sup>1983, 276 f.

## 1. Hauptziele der gesellschaftlichen Entwicklung

Seit den 60er Jahren und bis heute wird als oberstes Ziel der gesellschaftlichen Entwicklung die Förderung der Wohlfahrt für den einzelnen Menschen betont, die sich auf der gesellschaftspolitischen Ebene in der Vermehrung von Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit und Fortschritt zeigen soll, was nicht nur für freiheitlich-rechtsstaatlich-demokratische Systeme des Westens, sondern auch für sogenannte volksdemokratische Systeme des Ostens – allerdings mit unterschiedlichen Akzentuierungen – Geltung beansprucht.

Im ökonomischen Lebensbereich sollen diese Zielsetzungen dadurch erreicht werden, daß ein stetiges wirtschaftliches Wachstum verbunden ist mit Vollbeschäftigung, Geldwert- bzw. Preisstabilität, mit außenwirtschaftlichem Gleichgewicht und mit gerechter Einkommensverteilung. Man hat diese Zielsetzungen »Magisches Fünfeck«<sup>26</sup> genannt. Unter diesen Zielsetzungen können Antinomien bestehen, z.B. wenn Voll- bzw. Überbeschäftigung die Geldwertstabilität durch Inflationsschübe gefährdet, die durch überproportionale Lohnerhöhungen in Gang gebracht werden können. Seit dem Ende der 70er Jahre wird mehr und mehr ein weiteres Hauptziel der Wirtschaft betont, nämlich: Wirtschaft solle umweltverträglich sein; denn Ressourcenausbeutung zum Schaden der natürlichen Umwelt macht menschliche Wohlfahrt unmöglich.

In weiterer Anreicherung und Differenzierung gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Hauptziele wird heute vom »magischen Vieleck« gesprochen, um die Schwierigkeiten auszudrücken, die einer gleichzeitigen Erfüllung aller wichtigen Zielsetzungen bei wachsenden Zielkonflikten im Wege stehen. Mit zunehmendem Wohlstand gewinnen außerökonomische Zielsetzungen an Gewicht, wie mehr Freizeit, bessere Befriedigung kultureller Bedürfnisse, mehr Lebensqualität. Auch wenn die geschilderten Hauptziele der Wirtschaft stärker auf die entwickelten Industrieländer hin formuliert sind, haben auch weniger entwickelte Gesellschaften einen vergleichbaren Zielhorizont, der als »magisches Dreieck« Nahrung, Arbeit und soziale Gerechtigkeit meint und als »magisches Fünfeck« die Ziele festhält: Arbeit, Wachstum, soziale Gerechtigkeit, Partizipation, nationale Unabhängigkeit<sup>27</sup>. Für Drittweltländer ist die Erreichung dieser Ziele schwieriger als für entwickelte Länder. Dennoch gibt es keinen anderen Weg als die stetige und

<sup>26</sup> Silvio Bomer, Einführung in die Volkswirtschaftslehre, 4. Aufl. Grösch 1987, 93.

<sup>27</sup> Theodor Dams, Art. Entwicklungspolitik, in: Staatslexikon II, Freiburg i.Br., 1986, Sp. 297; Franz Nuscheler, a.a.O. 213–221.

gleichzeitige Verfolgung dieses Vieleckrahmens, um schrittweise zu stabileren Verhältnissen zu gelangen.

## 2. Auf- und Ausbau eines leistungsfähigen Geldwesens

Für die heutige Entwicklung eines Landes ist ein leistungsfähiges Geld- und Kreditwesen unerlässlich, das mit ausreichenden und im betreffenden Lande gleichmäßig verteilten Geldströmen als Geldkreislauf den Kreislauf der Güter und Dienstleistungen auf ihrem Weg von der Produktion zum Konsum zu alimentieren im Stande ist. Ein weitgehend über die Märkte im Wettbewerb entstehendes Preissystem sollte die ökonomischen Knappheitsrelationen über Geldpreise deutlich machen. Das Nichtvorhandensein eines leistungsfähigen inländischen Geld- und Kreditwesens ist ein Hauptgrund für die Kreditabhängigkeit der Dritten Welt. *Wilhelm Hankel*, ein guter Kenner vieler einzelner Länderverhältnisse und der Zusammenhänge auf Weltebene, verweist darauf, daß in Lateinamerika, Afrika und Asien Banken punktuell in den Hauptstädten und Wirtschaftszentren existieren, aber sie können sich nicht auf ein über das ganze Land verteiltes Filialnetz von Geldannahme-, Spar- und Depositenkassen stützen. Sie kennen auch keinen von der zentralen Notenbank beaufsichtigten und regulierten Geld- und Kreditmarkt. Börsen als Märkte geregelter Wertpapieremissionen und Kapitalvermittlung gibt es nur in embryonaler Form. Daher ist es nicht verwunderlich, daß der Anteil ausländischer Bankkredite an der inländischen Kreditversorgung inzwischen bei zwei Dritteln aller Kredite in Entwicklungsländern liegt. Eine Untersuchung, welche die Jahre 1972–1982 umfaßt, zeigt bei 24 Ländern eine starke Streuung von 18 Prozent (Jugoslawien) bis 81 Prozent (Elfenbeinküste)<sup>28</sup>. In Europa war es der seit dem 12. und 13. Jahrhundert sich entwickelnde Geld- und Kreditmarkt, der die europäischen Waren-, Handels- und Arbeitsmärkte zusammenbrachte und integrierte. Ohne diesen ersten europäischen gemeinsamen Markt wäre die Industrialisierung in der geschehenen Form nicht möglich gewesen. Wenn es richtig ist, daß es an Sparkapital in der Dritten Welt nicht fehlt, heißt die Devise: Aufbau eines autochthonen Bankwesens in den Entwicklungsländern. Für viele Drittweltländer böten wohl öffentlich-rechtliche Sparkassen und genossenschaftlich organisierte Banksysteme eine situationsgerechte Lösung. Westliche Entwicklungshilfe sollte dabei

---

<sup>28</sup> Vgl. *Wilhelm Hankel*, Hintergründe der internationalen Schuldenkrise, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament*, B 33–34/88 (12. August 1988), Bonn 1988, 13–22.

unterstützend (subsidiär) eintreten, mehr durch Rat und andere Tat als durch Geld, das in der Dritten Welt selber mobilisiert werden kann<sup>29</sup>. Die jeweilige Zentralbank als Bank der Banken, als erstverantwortliche für ein geordnetes Geld- und Kreditwesen müßte um die Erhaltung eines möglichst stabilen Geldwertes bemüht sein. Die Quellen von Hyperinflation via Notenpresse und Kapitalflucht könnten so unter Kontrolle gebracht werden.

Ein geordnetes Geldwesen ist unabdingbare Voraussetzung für eine gerechte gesellschaftliche Wirtschaft. Geld, das als »geprägte Freiheit«<sup>30</sup> verstanden werden kann, verlangt nach einer Wirtschaftsverfassung, in der sich die einzelmenschliche Freiheit bestätigen kann und sich zugleich für ihre Aktivitäten verantworten muß. Geld soll Teil des Gemeinwohles aller sein. Wenn im Wirtschaftsleben nur das als gut anerkannt werden kann, was den Menschen dient und ihnen zu einer menschenwürdigen Daseinsgestaltung hilft, dann ist es Hauptaufgabe des Geldes, einen den menschlichen Bedürfnissen aller dienenden Wirtschaftsprozeß zu vermitteln. Seine wichtigste Aufgabe ist Dienst am Humankapital, nicht am Geld oder anderen Sachwerten<sup>31</sup>. Für diese Zielsetzung sollten sich Entwicklungsländer vorrangig engagieren. Dazu bedarf es vor allem friedlicher Verhältnisse. Die immer mehr sich abzeichnende Weltgesellschaft mit einzelnen oder regionalen Gesellschaftstraditionen bedarf friedlicher Verhältnisse, um dem Geld »einen der Menschlichkeit, der Mitmenschlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit und dabei der menschlichen Verschiedenartigkeit dienenden Charakter zu geben«<sup>32</sup>. Dem braucht nicht zu widersprechen, daß Geld in Kreditform ein Medium ist und bleibt, Schuldverhältnisse einzugehen. Dies gilt für Einzelpersonen wie auch für Gesellschaften. Dem Grundsatz, verkraftbare Schulden zu machen, wird man weder aus ökonomischen noch politischen noch ethischen Erwägungen eine Absage erteilen können. Diesem Grundsatz wurde im Problembereich Schulden der Entwicklungsländer – wie oben charakterisiert – nicht im erforderlichen Ausmaß entsprochen, nicht von

---

<sup>29</sup> Vgl. ebd., 21 f.; ders., Gegenkurs. Von der Schuldenkrise zur Vollbeschäftigung, Berlin 1984, 82–95.

<sup>30</sup> Wolfgang Schmitz, Geprägte Freiheit. Zur Ethik der Währungsordnung, in: Die Neue Ordnung, Sondernummer August 1986, 119–135, bes. 131.

<sup>31</sup> Vgl. Friedrich Beutter, Die Ordnung des Geldwesens, in: Gerhard Merk / Herbert Schambeck / Wolfgang Schmitz (Hrsg.), Die soziale Funktion des Marktes. Festschrift für Alfred Klose zum 60. Geburtstag, Berlin 1988, 65–72.

<sup>32</sup> Heinz Eckert, Das Menschliche am Geld, Frankfurt a.M. 1988, 285; vgl. Europäische Ökumenische Versammlung Frieden in Gerechtigkeit Basel (15.–21. Mai 1989), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (= Arbeitshilfen Nr. 70) Bonn 1989, 9–15.

den Nehmerländern und auch nicht von den Geberländern. Viele Entwicklungsländer haben sich in ihre Verschuldungssituation selber hineinmanövriert und von der Geberseite hineinziehen lassen. Die Frage ist heute: Wie ist ein Herauskommen aus der Schuldenkrise möglich?

### 3. *Abbau der Schulden*

Eine Antwort ist nicht einfach. Generell muß es bei dem Grundsatz bleiben: Wer Schulden macht, hat sie zu bezahlen. Aus den vorausgegangenen Überlegungen ist allerdings deutlich geworden: nicht wenige Schuldnerländer sind zahlungsunfähig geworden. Die Gründe sind im wesentlichen bekannt: Unproduktive Kreditverwendung, Ölpreiserhöhungen und Hochzinsentwicklungen sind die wichtigsten Faktoren. Persönliches Verschulden bestimmter Regierungen und Einzelpersonen kommt dazu. Wenn in solcher Situation ein Land für die Aufbringung von Zinsen und Tilgungsraten die gesamte Exportwirtschaft in Anspruch nehmen muß, ist ein solcher Zustand unhaltbar, weil er jegliche Weiterentwicklung unterbricht. Nur die Außenverpflichtungen könnten damit bedient werden, im Innern ändert sich positiv nichts, negativ nimmt die Massenverarmung zu. Entwicklung ist somit unmöglich.

Schuldenmoratorien und Umschuldungen sind eine wichtige Möglichkeit, schon um des Vertrauenserhaltes willen. Aber man kann die Unmöglichkeit der Leistungserbringung bei bestimmten Ländern heute nicht mehr ausschließen. Dann bleibt nur der Weg des (teilweisen) Schuldenerlasses. Wenn der Schuldendienst die Wachstumspotentiale aufzehrt, muß man die Schuldenlast erleichtern. Anlässlich der Jahrestagung von IWF und Weltbank 1988 betonte der Sprecher der Deutschen Bank, Alfred Herrhausen, man könne ein Zahlungsproblem in der Wirtschaft nicht durch weitere Erhöhung der Schuldenlast lösen. Sein Vorschlag: mit den Schuldnerländern sollte ein Vergleich geschlossen werden wie mit einem zahlungsunfähigen Unternehmen, die Kreditgeber (private und öffentliche) hätten auf einen Teil ihrer Forderungen zu verzichten<sup>33</sup>.

*Wilhelm Hankel* geht weiter. Für ihn gibt es keinen anderen begehren Weg als die Entschuldung der Dritten Welt (wenn auch keine hundertprozentige). Das Abtragen des hypertrophen Schuldenbergs von mehr als einer Billion US-Dollar sei kein Banker-, sondern ein Buchhalterproblem. Bankintern sei ohnehin schon von den Kreditbanken ein beträcht-

---

<sup>33</sup> Vgl. *Markus Mugglin*, Alternativen (s. Anm. 7) 71.

licher Teil der uneintreibbaren Schulden abgeschrieben und insoweit finanziert. Für die öffentlichen Kreditgeber sei das Problem geringer, weil ihre Kredite aus Steuermitteln alimentiert werden. »Man muß nur Eins (Schuldenerlaß für bereits abgeschriebene Bankforderungen) und Eins (Übernahme des Restschuldendienstes durch die offizielle Kapitalhilfe im Rahmen eines 10-Jahres-Entschuldungsprogrammes) zusammenzählen, und das Billionenproblem unbedienbarer Entwicklungsländerschulden wäre aus der Welt(wirtschaft).«<sup>34</sup> Eine Weltagentur wie die Weltbank müßte das Gesamtprogramm erfassen, überwachen und abwickeln. Erinert wird an die Gegenwertkonten der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die vor 40 Jahren den institutionellen Kern des späteren bundesdeutschen Kapitalmarktes legten. Die nicht vom Schuldenerlaß erfaßten Gegenwerte in der Dritten Welt könnten Startkapital für das zu entwickelnde Inlandbanksystem bereitstellen.

Mit diesem oder einem ähnlichen Programm vom »reinen Tisch« wird man sich vertraut machen müssen. Wenn Schulden faktisch unbezahlbar geworden sind, muß man den alten Grundsatz neu erwägen: *ultra posse nemo tenetur*. Die Deutschen Bischöfe plädieren nicht nur für Schuldenerlaß gegenüber den ärmsten Ländern, sondern für einen weitergehenden Schuldenerlaß, den sie als »Gebot der Gerechtigkeit« für unbezahlbare Schulden einstufen<sup>35</sup>. Dennoch bleibe die ethische Verpflichtung, keine unbezahlbaren Schuldverhältnisse einzugehen.

#### 4. Das Zinsproblem – lösbar oder nicht?

Die Erfahrungen haben gezeigt, daß die veränderlichen Zinssätze, die vor allem vom Bankenapparat angewendet werden, in der Zeit von Hochzinsphasen zu erhöhten Belastungen der Entwicklungsländer geführt haben. Die Deutschen Bischöfe stufen dies als ungerechtfertigt und übermäßig erhöht ein und schlagen feste Zinssätze vor, die auch als Höchstzinssatz unterhalb des veränderlichen Leitzinssatzes angesetzt werden sollten<sup>36</sup>. Dieser Meinung ist nicht zu widersprechen. Anders ist die Frage, ob das alte Zinsproblem nicht reif ist für eine Relecture. Man muß nicht in die Zeit des alttestamentlichen und späteren kirchlichen Zinsverbotes zurückgehen. Zinsen müssen gerechtfertigt werden. Sie dürfen nicht automatische Einkommensfaktoren sein, sondern müssen als systeminhärente Leistungsfaktoren nachgewiesen werden.

<sup>34</sup> Wilhelm Hankel, Hintergründe (s. Anm. 28) 22.

<sup>35</sup> Die Deutschen Bischöfe, a. a. O., 29–31.

<sup>36</sup> Vgl. ebd., 32.

*Jacques Le Goff* hat in seinen Untersuchungen diesen Tatbestand erhärtet: Wer nichts arbeitet, wer nichts zur Entwicklung der Gesellschaft beiträgt, wer nur Geld für sich »arbeiten« läßt, der ist ein Wucherer<sup>37</sup>.

Unter diesem Verdikt muß die Zinsproblematik neu überdacht werden. *Wilhelm Weber* hat Geld und Zins in der spanischen Spätscholastik mit Auffassungen unserer Zeit in Zusammenhang gebracht. Er weist auf einen immer wiederkehrenden Grundgedanken hin, Zins ohne entsprechende Leistung sei gesamtwirtschaftlich unerwünscht<sup>38</sup>.

In einer der neuesten Untersuchungen wird das Zinsproblem auf den Nenner gebracht: »Die Zinsen fressen das Leben der Armen.«<sup>39</sup> Die Westberliner Erklärung des Internationalen Gegenkongresses zur Jahrestagung von IWF und Weltbank am 23./24. September 1988<sup>40</sup> lastet den internationalen Organisationen Verelendungspolitik an, die täglich mehr die verarmten Schichten in den Städten und die Kleinbauern auf dem Land trifft und in allen armen Schichten die Frauen am stärksten belastet.

Die Forderung nach einer Stabilisierung der Zinsen auf einem niedrigeren Niveau soll durch eine koordinierte und abgestimmte Zins- und Wechselkurskontrolle der internationalen Geld-, Kredit- und Kapitalmärkte über die Zentralbanken erreicht werden<sup>41</sup>. Die Zentralbanken müßten sich wie bei den Wechselkursen auf tolerierte Zinskorridore einigen.

Senkung der Zinssätze bleibt ein wichtiges Thema, das auch die Päpstliche Kommission *Justitia et Pax* in ihrem Memorandum vom 27. Januar 1987 betont<sup>42</sup>.

Das sind nicht nur Forderungen zur Erleichterung des Schuldendienstes, sondern gleichzeitig Maßnahmen für die wirtschaftliche Stärkung der betreffenden Länder. Als »Goldene Regel« für die Banken wird gefordert: »Man darf die Zinssätze nie über die Wachstumsraten der Volks-

---

<sup>37</sup> Vgl. *Jacques Le Goff*, *Wucherzins und Höllenqualen. Ökonomie und Religion im Mittelalter* (orig. frz. *La bourse et la vie*), Stuttgart 1988, 96 f.; vgl. *ders.*, *Kaufleute und Bankiers im Mittelalter*, Frankfurt a. M. 1988, 12 ff.

<sup>38</sup> Vgl. *Wilhelm Weber*, *Geld und Zins in der Spanischen Spätscholastik* (= Schriften des Instituts für Christliche Sozialwissenschaften der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, Bd. 13), Münster 1962, 126. Weber setzt sich insbesondere mit J. M. Keynes, K. Wicksell, J. A. Schumpeter, F. A. Lutz auseinander, ebd. 123–138.

<sup>39</sup> *Kuno Küssel*, *Die Zinsen fressen das Leben der Armen*, in: *Kuno Küssel* (u. a.), a. a. O., 191–226.

<sup>40</sup> Abgedruckt in ebd., 227–232.

<sup>41</sup> Vgl. *Wilhelm Hankel*, *Gegenkurs* (s. Anm. 29) 210.

<sup>42</sup> Vgl. Päpstliche Kommission *Justitia et Pax*, *Im Dienste der menschlichen Gemeinschaft: Ein ethischer Ansatz zur Überwindung der internationalen Schuldenkrise* (29. Januar 1987), hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (= Arbeitshilfen Nr. 50) Bonn 1987, 25.

wirtschaften, auf die sie sich beziehen, hinausschießen lassen.«<sup>43</sup> Dieses Prinzip würde in einer Wirtschaft mit Nullwachstum zum Verbot der Erhebung von Kreditzinsen führen. Ob die makroökonomische Wachstumsziffer einer Volkswirtschaft der geeignete Maßstab für diese Forderung ist, müßte deswegen näher untersucht werden, weil in einer konkreten Wirtschaft Wachstumsbereiche zusammen mit Schrumpfungsektoren vorhanden sind. An der Koppelung von Geld- und Kapitalzinsen an die realen Wachstumsmöglichkeiten einer Wirtschaft wird man festhalten müssen.

---

<sup>43</sup> Franz Hinkelammert, Der Schuldenautomatismus, in: *Kuno Füssel* u. a., a. a. O., 124.